

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterkassier in der Süßwaren-, Kek-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal 6 Mk.

Erste Ausgabe jeden Mittwoch Redaktionsschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro festgesetzte Nonpareillezeile 3 Mk., für Zahlstellen 1 Mk.

## Die Teuerungslawine.

Durch die vorzeitige Ankündigung der Brotpreis-erhöhung von den amtlichen Stellen setzte sich die Preis-schraube auf dem Lebensmittelmarkt sofort in Bewegung. Die Gründe hierfür können nicht auf eine weitere Ent-wertung des Geldes zurückgeführt werden. Der Dollarkurs blieb im Durchschnitt des Monats Januar mit 191,81 A fast auf der Höhe des Vormonats (191,98 A). Politische Erschütterungen, die die Kreditfähigkeit weiter schwächen würden, waren ebenfalls nicht zu verzeichnen. Es wird daher schon zutreffen, wie in der politisch links orientierten Tagespresse zu lesen war, daß sich durch die amtliche An-kündigung der weiteren Preiserhöhung eine gewinn-bringende Epoche für den allseitig regimten Wucher er-öffnete.

Nach der Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes, die im Monat Dezember 3457 betrug, ist durch die Steigerung im Januar auf 3665 eine bedeutende Er-höhung eingetreten. Sie betrifft in erster Linie die land-wirtschaftlichen Erzeugnisse, und zwar, stiegen Getreide und Kartoffeln von 3127 auf 3363, Fette, Zucker, Fleisch und Fische von 3106 auf 3353, Kolonialwaren von 4632 auf 4819. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel stiegen demnach zusammen von 3229 auf 3509. Von den Industriestoffen sind zunächst Häute und Leder von 4054 auf 4668 gestiegen; bei den Textilien dagegen sowie bei Metallen ist ein Rückgang von 6158 auf 5939 beziehungsweise 4379 auf 4313 eingetreten. Kohle und Eisen endlich stiegen von 3298 auf 3307. Die Steigerung ist ausschließlich bei den im Inland erzeugten Waren von 3170 auf 3363 eingetreten, während die vorwiegend vom Ausland bezogenen Waren mit 5075 gegen 5071 stabil geblieben sind.

Gründe für diese enorme Verteuerung der Inlands-ware sind nicht vorhanden. Die Erhöhung der Frachtkö-sume kommt im Januar noch nicht zur Geltung. Ebenfalls nicht höhere Gestehungskosten durch bedeutende Lohn-erhöhungen. Die Preistreibung beruht also auf andern Ursachen. Sie wurde auch begünstigt durch den Eisen-bahnerstreik, der den Wucher außerordentlich förderte und in den Tagen der Warenknappheit in den Industrie-gebieten und Großstädten Orgien feierte.

Tropfen kann nur von einem Verkäufer der mit der Preissteigerung einhergehenden Teuerungslawine gesprochen werden. Die Auswirkung wird sich erst ziffernmäßig im kommenden Monat erfassen lassen. Wie sie sein wird, darüber bekommen wir jetzt schon einen Vorgeschmack.

Die Teuerungswelle nähert sich der Zeit des Aus-gleiches zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen; denn als Hauptgrund der Ententföderung für den Wegfall der Lebensmittelzuschüsse wird angeführt, daß infolge der Lebensmittelzuschüsse des Reiches die Löhne in Deutsch-land bedeutend niedriger gehalten werden als im Ausland; daß Deutschland infolgedessen billiger produziert und die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt stark in Er-scheinung tritt. Die alliierten Regierungen wollen also mit ihrer Forderung, Wegfall der Lebensmittelzuschüsse, erreichen, eine höhere Belastung der deutschen Industrie durch Mehraufwand für die Löhne, um so die Schuttscher-konkurrenz von deutscher Ware zu unterbinden. Die Folge davon müßte sein, daß sich die Löhne der deutschen Ar-beiter mit dem Lohnniveau der Arbeiter in andern Ländern gleichstellen und der Weltmarktlöhne auch in Deutschland durchgeführt wird.

Von der Verwirklichung dieses Problems ist das Unternehmertum weit entfernt. Ihm liegt es daran, sich den Weltmarkt als Absatzgebiet zu sichern. Das kann aber nur auf Kosten der Arbeiterkassier erreicht und durchgeführt werden. Der Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse

wird sich nicht im geringsten zur Gewinneinschränkung für das Unternehmertum auswirken, er wird aber bestimmt voll zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung fallen. Ihre wirtschaftliche Lage wird in der kommenden Zeit noch drückender werden, weil es doch eine allbekannte Tatsache ist, daß sich mit jeder Teuerungswelle die Arbeiterkassier weiter von der Sicherstellung des Reallohnes entfernt.

Wenn demgegenüber in statistischen Aufmachungen versucht wird, die tatsächlich bestehende Teuerung abzu-schwächen, so wird der Sache ein sehr schlechter Dienst geleistet. So glaubt Dr. R. Kuehnelt in seiner Fest-stellung des Existenzminimums, daß infolge der starken Ermäßigung der Einkommensteuer die Kosten des Existenz-minimums im Januar trotz der Steigerung zahlreicher Preise etwas niedriger als im Dezember sei.

Teurer als im Januar 1921 waren vor allem Brot, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Gemüse, Milch. Der Berichts-monat war der erste, in dem hier nur Brot an die Gesamt-bevölkerung verteilt wurde. Es kostete 16mal soviel als im Januar 1914. Für die meisten nicht rationierten Lebens-bedürfnisse war die Preissteigerung noch wesentlich größer. Gas kostete 2mal soviel als vor 8 Jahren, Weizen 24mal soviel, Milch und Zucker 2mal soviel, Margarine 2mal soviel, Reis 35mal soviel, Speck 36mal soviel, Kartoffeln 51mal soviel.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Berliner Mark und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wohnbedarf für Wohnung 11 A (1913/14: 5,50 A), für Heizung 27,80 A (1,15 A), für Beleuchtung 15 A (75 S). Für Bekleidung, das heißt für Beschaf-fung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 55 A (2,50 A), Frau 37 A (1,65 A), Kind 18 A (85 S). Für alle son-stigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 % (1913/14: 25 %) machen müssen.

Als notwendiges Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Frau	Kind	Gesamt mit 2 Kindern
Ernährung	104,—	181,—	257,—	
Wohnung	11,—	11,—	11,—	
Heizung, Beleuchtung	43,—	43,—	43,—	
Bekleidung	55,—	37,—	18,—	108,—
Sonstiges	53,—	31,—	109,—	
Januar 1922	266,—	408,—	548,—	
Dezember 1921	271,—	417,—	557,—	
Januar 1921	152,—	231,—	320,—	
Januar 1920	114,—	167,—	220,—	
Aug. 1913, Juli 1914	16,75	22,80	38,80	

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 und 1921 vergleiche mein Buch: „Vor der Revolution“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der not-wendige Mindestverdienst im Januar 1922 für einen allein-stehenden Mann 44 A, für ein kinderloses Ehepaar 68 A, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 91 A. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 13 900 A, für das kinderlose Ehepaar 21 300 A, für das Ehepaar mit 2 Kindern 28 600 A.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Januar 1922 ist das notwendige Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 266 A, das heißt auf das 15,9fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,80 auf 408 A, das heißt auf das 18,3fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 auf 548 A, das heißt auf das 19,0fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Marktlage tatsächlich

## Die Verschmelzung

heißt der Artikel des Kollegen Nielsen, Kopenhagen, in dem er in Nr. 50 glaubt, den „zu Grabe getragenen Industrie-verband“ der Nahrungs- und Genussmittelindustrie noch die letzten Fehlschritte verlesen zu müssen. Diejem Ver-anstalten könnte man vollständig teilnahmslos gegenüber-sehen, wenn er nicht zum Schluß Geshchold Barth und Schumann aufforderte, daß sich diese wegen ihrer Stellung-nahme rechtfertigen sollen.

Kollege Barth hat in einer Erwiderung, getragen von internationaler Höflichkeit, zur Sache selbst schon Stellung genommen und die einzelnen Argumente des Kollegen N. widerlegt beziehungsweise die Ansicht der Berliner Ver-waltung zum Ausdruck gebracht. Da aber der Artikel des Kollegen N. nicht nur von sachlichen Argumenten getragen wird, sondern auch mit Unterstellungen operiert, ist es notwendig, auch hierzu Stellung zu nehmen, und möge Kollege N. entschuldigen, wenn die nachfolgenden Zeilen manchmal über den Rahmen der internationalen Höflich-keit hinausgehen.

Kollege N. erklärt im letzten Absatz und stellt diese Erklärung als Behauptung auf: daß die Berliner den Ge-banken des Industriebandes nur als Krummhänger be-mühen zur Realisierung des „alten Berliner Gedankens“, die Hausverwaltung des Verbandes nach Berlin zu be-kommen. Woher diese Wissenschaft, wird er uns noch näher erklären müssen, da dieser „alte Gedanke“ hier bei nie-mandem bekannt ist, sondern im Gegenteil von hier aus die Verlegung des Hauptvorstandes nach Berlin immer energig abgelehnt wurde. Andererseits war es auch noch nie die Art der Berliner, Worte zu benutzen um Gedanken zu verbergen, was durch die Unterstellung des Krumm-hängers durch Nielsen geschieht. Sind doch gerade wir Berliner wegen unserer Offenheit alles andere als beliebt bei gewissen Stellen.

Zu den sonstigen, sachlich sein sollenden Behauptungen und den daraus gezogenen Schlussfolgerungen sowie son-derlichen Anfragen will ich nicht eingehen nach den Aus-säuerungen des Kollegen Barth. Erklären kann ich aber Kollegen N., daß trotz seiner musterhaften „Beweis-führung“ über die Zwecklosigkeit des Industriebandes das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Eine Erörterung würde im jetzigen Moment nur Zeit- und Raumverschwen-dung bedeuten, da eben jede Sache nach einer bestimmten Zeit wieder zur Ruhe kommen muß, um so mehr, als nach der musterhaften Regie Abstimmung und Beschlußfassung durch Sechser- und andere Kommissionen, wie Beirat und Hauptvorstand, die Sache gewaltig abgeschlossen ist.

Der nächste Verbandstag wird zu dieser Regie und seinem sonstigen Dumm und Dron sowie den daraus ge-zogenen Lehren und Notwendigkeiten Stellung nehmen, Beschlüsse fassen, und schon heute wünsche ich, daß Kollege Nielsen dabei ist, so wird er nochmals in Erfahrung brin-gen, daß man den Berlinern schließlich alles nachsagen kann, Krummhänger ihnen aber nicht liegen und aus diesem Grunde von ihnen auch nicht benutzt und geliebt werden.

Also der Faden wird fertig gesponnen auf dem näch-sten Verbandstag, und rufe ich schon jetzt: „Auf zum froh-lichen Morgen!“ S c h u m a n n.

N.B. Daß ausgerechnet Freund Nielsen nach so langer Zeit diesen Faden aufgenommen und die komischen Fragen stellt, ist sonderbar, höchst sonderbar. Wer der Auftrag-geber ist, möchte ich gern wissen. D. O.

In seinem Artikel „Zur Verschmelzungsfrage“ hat Genosse Ray Barth eine Widerlegung meines Artikels in der „Bäckerzeitung“ versucht; mir scheint aber nicht, daß Ray Barth das Richtige trifft. Genosse Barth berichtet von all den Vorteilen, die eine solche Verschmelzung in bezug auf die Einklassierung der Mitgliederbeiträge usw. haben kann. Genosse Barth ist Kasserer und betrachtet die Frage vom Standpunkt eines Kassierers aus, aber die Beiträge und die Einklassierung derselben sind nur unum-gänglich, an der Organisation lebende Lebensstände, die aber mit dem Zweck und Ziel der Organisation nichts zu tun haben. In Dänemark müssen die Mitglieder in allen Gewerkschaften selbst ihre Beiträge in den Bezirksbüros ein-gablen; in andern Ländern haben sämtliche Gewerkschaftsverbände gemeinsame Einklassierer angestellt, die je ihren Bezirk zur Einklassierung haben.

Die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung sind, durch Zusammenfassung aller Arbeiter eines Berufes (einer Branche), für dieselben bessere Lebensbedingungen in der Gegenwart zu schaffen und unsern Zukunftsstaat vorzu-bereiten. Zudem ich auf das verweise, was ich in meinem

lechten Artikel (Schied) werde ich nur wiederholen, daß beide Aufgaben am besten gelöst werden und daß die Organisation die meisten Mitglieder an sich zieht, wenn wir uns im Rahmen der einzelnen Industrie oder Branche halten.

Ich weiß zwar, daß die Tendenz bei allen Gewerkschaftsführern in der Richtung geht, „Generale“ möglichst großer Armeen zu werden; das laugt aber nicht, wenn diese Armeen nur eine Minderheit derjenigen umfassen, die als Mitglieder gewonnen werden könnten, und wenn die Armeen uns durch Nichterfolge in den Lohnkämpfen und durch Vermischung aller möglichen Industrien die Aufgabe unnötig machen, uns auf die Übernahme der Gesamtproduktion vorzubereiten. In diesem Punkt haben die Kommunisten Recht. Die Produktion der von uns angebotenen Gesellschaft — nenne sie kommunistisch oder sozialistisch — läßt sich nur an dem Tage bewältigen, da die Gewerkschaften in je ihrer Branche bereit sind, die Leitung der ganzen Branche zu übernehmen und als ein Glied in die gemeinsame gewerkschaftliche Wirtschaft einzutreten. Ich frage Genosse Barth: „Soll es 1000 Jahre dauern, bevor wir die Gesellschaft mit gleichem Recht für alle durchzuführen?“ Dies wird der Fall sein, wenn wir die Gewerkschaften in das von ihm erwünschte Gemisch umändern; denn diese Ordnung setzt ja eine Gewerkschaft voraus, die ewig dauern soll. Ich betrachte dagegen die Gewerkschaft als ein einseitiges Instrument zum Schutze der Interessen der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft und zur Bekämpfung dieser Gesellschaft sowie zur Vorbereitung der von uns angestrebten neuen Gesellschaft.

Zu Genosse Barths Fragen, betreffend Berlin, erwidere ich, daß die Verhältnisse in dem deutschen Bruderverband mir so gut bekannt sind, daß ich sagen darf, daß zwischen den beiden Städten Berlin und Hamburg in bezug darauf, welche tonangebend sein sollte, immer Konkurrenz bestand. Genosse Barth darf nichts aussprechen, das sich so auslegen ließe, als ob jemand mir die Feder in die Hand drückte; das habe ich bisher niemand erlaubt, auch wird das in Zukunft nicht geschehen, ebenso gilt es in allen Sachen, mit denen ich mich befaßige.

Ich möchte gern an diejenigen Verbände, die vor dem Siege der internationalen Bänderverband bildeten, das Schreiben richten, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht notwendig wäre, daß ein oder ein paar Vertreter für jeden Verband zu einer Konferenz zusammenzutreten, um zu sehen, wie die Verhältnisse sich nun für die Bänderarbeiter der verschiedenen Länder gestalten. Wenn ich dazu aufjendere, ist es aus folgenden Gründen: In dem hiesigen Reichstag — in dem ich Mitglied bin — sind nunmehr folgende Gesetzesvorlagen, betreffend Bänderarbeiten, eingereicht worden: „Vorschlag, betreffend die Bänderlehrlinge“, Antrag von den Unternehmern, daß das Gesetz, betreffend das Nachtarbeitsverbot, darauf geändert werde, daß in den Bänderarbeiten eingeführt wird“, „Vorschlag, betreffend Einführung von Feiertagsarbeiten in den Bänderarbeiten“. Diese Vorlagen werden damit begründet, daß solche Änderungen in einer Reihe von Ländern jetzt durchgeführt sind, die auch während des Krieges die Nachtarbeit eingebracht hatten. Darum weiß ich aber nichts! Dazu kommen noch die Fragen: „Wie sieht die allgemeine Bänder- und Feiertagsgesetzgebung in den Ländern jetzt nach dem Kriege aus?“ und schließlich: „Welche Arbeitsbedingungen herrschen man bei Bänderarbeitern der verschiedenen Länder?“ und „Sind unsere Kollegen in all den nach dem Kriege errichteten neuen Staaten überhaupt organisiert, oder sollten wir nicht hiermit behilflich sein, um mit gegen eine eventuelle „Kolonisation“ zu schützen, wenn die Verhältnisse eines Landes sich ändern?“

Wenn der freie Verkehr von Land zu Land, den wir anstreben, durchgeführt wird, soll es da nicht eine Organisation zwischen den Bänderverbänden der Länder geben, so daß unsere jungen Gesellen in die Welt hinausgehen können und ihre Schritte in die Verbände derjenigen Länder mit hinübernehmen, die sie besuchen?

Durch Veranlassung erlaube ich, daß ich kein Gegner des internationalen Bänderverbandes bin; man hat aber meines Erachtens bei der Gründung dieses Verbandes einen Fehler begangen. Anstatt die internationalen Verbände (Gewerkschaften), die vor dem Kriege ihre Fäden über die ganze Welt spannten und eine tüchtige Arbeit hinter sich hatten, auf ihrem geschäftlichen Boden weiterzuführen und dieselben in einem internationalen Verbändeverband zusammenzufassen, hat man diese internationalen Verbände einfach in internationalen als im nationalen Sinne ganz getrennt und alles durcheinander gemischt. Wir brauchen eben im Kampfe gegen die Kapitalisten keine andere alte Berufsorganisation.

Diese Fragen können mir einer Erwägung wert, und ich bitte diejenigen, die dieselbe meinen und zu einem bestimmten Schluß gelangen, der Deutschen Bänder- und Konditoren-Zeitung in Hamburg einen kurzen Artikel zu schreiben.

F. P. Nielsen,  
Generalsekretär des Deutschen Bänderverbandes.

Wir haben in reichhaltiger Weise unsere eng befreundeten Kameraden der Zeitung dieser Zeitschrift zur Verfügung gestellt. Nachdem man beide Teile zu Port genommen und, falls man die Zeitschrift und werben möchte, die Bedingungen nicht mehr berücksichtigen.

Die Redaktion.

### Einheitsstreik und Regierungskrise.

Der Einheitsstreik hat bei dem Einzug der Regierung einen Erfolg erzielt. Im Herrscherhaus erregte die Besetzung der Reichsregierung durch die Arbeiter die Aufmerksamkeit der Regierung. Dieser Erfolg ist durch die Forderung der Arbeiter bei der Wahl der Reichsregierung zu erklären. Die Regierung hat sich gezwungen gesehen, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen. Die Regierung hat sich gezwungen gesehen, die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen.

weiterzuführen; die Innenpolitik dagegen mit Hilfe der Deutschen Volkspartei zu machen. Dieser Zustand muß notwendigerweise immer wieder neue Krisen auslösen.

Wenn vom gewerkschaftlichen Standpunkt manches gegen die von der Beamtenverwaltung eingeschlagene Taktik zu sagen ist und die Einheitsaktion durch die Eigenbrödelerei von vornherein unterbunden wurde, so sei der Regierung für ihre an die wilhelminische Zeit erinnernde Verhalten noch lange kein Freibrief ausgestellt. Bei einigem guten Willen wäre der Streit zu vermeiden gewesen; denn auch der Staat als Arbeitgeber hat die Pflicht, seinen Beamten und Arbeitern das Existenzminimum zu sichern. Weigert er sich, diese selbstverständliche Verpflichtung zu erfüllen, so ladet er die Schuld auf sich, daß seine Angestellten, widerstandslos der Korruption preisgegeben, kein Interesse an der Verantwortung haben.

Die wirtliche Rede im Reichstag war daher deplaziert, wenn den Beamten, denen ebenfalls in der Verfassung das Koalitionsrecht zugesprochen ist, das Recht zum Streik abgesprochen wurde. Wenn für die Beamten die Koalitionsfreiheit ausgesprochen ist, wie für die gewerkschaftlichen und industriellen Arbeiter, so nur deshalb, weil die Berechtigung zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Lage anerkannt wurde. Auch der Staat hat, wie das Privatunternehmertum, durch den Eintritt in die Verhandlungen mit den gewerkschaftlichen Organisationen die Berechtigung der Forderungen anerkannt. Die Meinungen gingen lediglich bezüglich der Erfüllungsmöglichkeit auseinander. Und hier versagte bei den Unterhändlern des Staates die Verhandlungsdiplomatie, Mittellinien zu finden, die zu einer Einigung führen. Es würde zu wünschen sein, wenn auch in dieser Hinsicht recht bald umgelernt würde; dann könnten große wirtschaftliche Schädigungen für die Allgemeinheit vermieden werden. Wird der Eisenbahnerstreik zu dieser Erkenntnis führen?

### Lehrlingswesen.

#### Freisprechung und Einstellung von Lehrlingen.

Die Bänder- und Konditoreninnungen sind in der gegenwärtigen Zeit wieder recht regsam in ihren Bemühungen, für die in den Gesellenstand übertretenden Lehrlinge sofort Ersatz zu erhalten. Durch die tiefstaurigen wirtschaftlichen Verhältnisse in den Südländern der werktätigen Bevölkerung fallen nun allzu leicht diese Bestrebungen nach billigen Arbeitskräften auf fruchtbareren Boden. Durch das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit, die achtstündige Arbeitszeit und die Sonntagsruhe sind die Hindernisse, durch die die großstädtischen Proletariatskinder vor dem Erlernen des Bänder- und Konditorenhandwerks zurückgehalten, beseitigt. Der Zustrom ist daher heute weit größer als in früheren Jahren. Auch hat sich infolge einer Verschiebung gezeigt, daß die ländliche Bevölkerung, die heute fast ausnahmslos gut situiert ist, wenig Neigung empfindet, ihre Söhne dem Bänderhandwerk zuzuführen.

In den Jahrgangsausstellungen und in den Lehrlingsausstellungen bei den Handwerkskammern muß der in der nächsten Zeit folgenden Neueinstellung von Lehrlingen das größte Augenmerk gewidmet werden. Das Prozenzverhältnis der beschäftigten Lehrlinge zu der Gehilfenschaft ist nach dem erst kürzlich veröffentlichten Ergebnis unserer letzten Umfrage noch so groß, daß unter keinen Umständen Ausnahmen auf die Beschäftigung von mehreren Lehrlingen zugelassen werden können.

Es darf uns dabei nicht abschrecken der außerordentlich hohe Widerstand, der uns von den Innungen entgegengestellt wird. Von diesen Handwerksorganisationen wissen wir, daß es ihnen mit der Beseitigung der Mißstände im Lehrlingswesen nicht ernst ist. Sie schätzen in recht liebevoller Weise die Lehrlingszünftler und unterstützen alle Bestrebungen der rückständigen Elemente, die das Glanz und die Ausbeutung der Lehrlinge beibehalten möchten.

Auch muß der Öffentlichkeit gesagt werden, daß es den Innungen nicht einfallt, die Entschädigung für die Lehrlinge mit der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation tariflich zu regeln, obgleich die Unternehmer in ihren Probenverkaufspreisen recht ansehnliche Beträge dafür eingestrichelt haben. Die Probenverkaufspreise sind überall dahingehend bemessen, daß auch für die Lehrlinge eine bestimmte Summe als Entschädigung eingesetzt ist. Dennoch besitzen die Handwerker den Mut und frecken diese Beträge in ihre Taschen.

## Konditoren

### Austritt der Erfurter Konditorgehilfen aus dem Magdeburger Verband.

Auch die Erfurter haben das jüdische Säuß des Magdeburger Konditorenverbandes verlassen! Die Regierung der Gehilfen ist unserem Verband beigetreten. Als das der Kaufmann der Magdeburger, Herr Gortz Kohl, mit über 20 Gehilfen, heute, bereit er seine Gehilfen zusammen und hielt ihnen eine gelobte Standrede. Am meisten hatte den Herrn auch der Artikel in Nr. 3 unserer Zeitschrift angezogen. Herr Kohl sagte unserem Vertreter, daß er in der Lage wäre, seinen ganzen Betrieb mit Weiterführung versehen zu können und er brauche auch keine Lehrlinge; denn das Angebot der jungen Leute, die sich bei ihm weiter ausbilden wollen und dabei auf Lohn verzichten, ist sehr groß. Demnach dürfte der Konditoren-Großbetrieb des Herrn Kohl in Zukunft ein wirkliches „Edenland“ werden. Herr Kohl hat es nun mit Hilfe der Hungerpreise fertiggebracht, daß seine Gehilfen jetzt „neutral“ sind, er wird aber nicht verstanden können, daß der Zentralverband immer festere Fäden in Erfurt spinnt. Als jedes dieser Fäden wird er bald einsehen, daß er keine Lokalführer werden kann und den Gehilfen ein Preisbestimmungsrecht in ihren gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zubilligen muß. Den Erfurter Konditoren möchten wir aber noch raten, kalte teure von Erfurt Zentralverband. Daher werden berichten, daß wir eure Ratse zu wählen beabsichtigen.

### Der Streik der Konditoreingestellten Hamburgs erfolgreich beendet.

Wie bereits in Nummer 6 berichtet wurde, leistete nur mehr die Firma Giese, nachdem die übrigen Unternehmer den Kampf als verloren aufgaben, erbitterten Widerstand. Die Firma blieb nicht untätig gegen die von den Streikenden getroffenen Sperrmaßnahmen und versuchte durch Herausgabe von Flugblättern das Publikum zu täuschen. In diesen Bestrebungen wurde sie von den Kleinmeistern, die die Verbreitung übernahmen, tatkräftig unterstützt. Dem Verein selbständiger Konditoren wurde aber bald dieses Trauerspiel langweilig oder ging ihm ein Seisensieder auf, daß es sich doch nicht gut mit den Tendenzen der Handwerker vereindarn läßt, wenn ihr großes Konkurrenzunternehmen noch liebevoll beschützt werden sollte. Es wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, wo es am 10. Februar zu einer Einigung kam, nach der die Streikenden wieder eingestellt wurden und die Firma bezüglich der Lohnregelung mit der Organisation zu unterhandeln hat. Leider glaubten einige charaktersschwache Individuen sich durch Streikbrecherdienste besonders in empfehlende Erinnerung zu bringen. Es sind die Konditorgehilfen: Paul Gersfontein, Otto Jenz, Heinrich Nau, Heinrich Freymann, Wilhelm Fiedrich und die Serviermädchen Anna Geisler, Anna Bölsch, Apollonia Kläser und Stöckmann. Aber auch diese Kausreißer konnten die Firma Giese nicht mehr retten, sie wurde durch die Macht der gewerkschaftlichen Organisation gezwungen, in Lohnverhandlungen einzutreten.

### Aus den Sektionen.

**zum Tarif mit der Konditoreninnung des Regierungsbezirks Merseburg zu Halle vom 28. November vorigen Jahres** wurde unterm 27. Januar der erste Nachtrag vereinbart. Danach werden die bisher gezahlten Lohnsätze vom 1. Februar an in allen Lohnklassen um 25 % erhöht. Die Löhne betragen nunmehr für Gehilfen im ersten Gehilfenjahre 312,50 M., für Gehilfen bis zu 20 Jahren 337,50 M., bis zu 24 Jahren 387,50, über 24 Jahre 437,50 M. und für Gehilfen in leitender Stellung 500 M.

**Die Tariflöhne der Konditorgehilfen in Altenburg** wurden durch Verhandlungen der Vertragsparteien am 30. Januar wie folgt geregelt: Im ersten Gehilfenjahre 305 M., bis zu 20 Jahren 325 M., von 20 bis zu 24 Jahren 355 M. und über 24 Jahre 375 M. Wo Kost und Wohnung gewährt wird, können 150 M. in Abzug gebracht werden.

**Die Löhne in Leipzig** wurden vom 30. Januar an wie folgt festgelegt: Im ersten Gehilfenjahre 36 M., bis zu 20 Jahren 415 M., von 20 bis zu 24 Jahren 465 M. und über 24 Jahre 515 M.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Telegrammadresse: Bänderverband Hamburg.  
**Vokalangestellter.** Für die Zahlstelle Magdeburg wird baldigst ein Vokalangestellter gesucht. Bewerber müssen rednerisch begabt sein sowie die Befähigung besitzen, Tarif- und Lohnverhandlungen mit den Unternehmern und den Behörden führen zu können. Haupttätigkeit wird das Betreiben der Kleinagitation am Orte sein. Selbstgeschriebene Bewerbungen sind bis 26. Februar an den Verbandsvorstand in Hamburg einzusenden. Die Anstellungs- und Gehaltsbedingungen richten sich nach den Beschlüssen des Nürnberger Verbandstages.

**Die Statistikarte für Januar** ist uns, obgleich wir mit der Zusammenstellung wegen der durch den Eisenbahnerstreik eingetretenen Verzögerungen bis zum 16. Februar gewartet haben, trotz Mahnung zur rechtzeitigen Abendung von nachstehenden Zahlstellen nicht zugegangen: Adorf, Beuthen, Bochum, Buer, Celle, Delmenhorst, Deimold, Duisburg, Freiberg, Gleiwitz, Gotha, Gerne, Ingolstadt, Landsbut, Leisnig-Zöbeln, Minden, Offenbach, Osnabrück, Potsdam, Pinneberg, Saarbrücken, Sagan, Stolp, Zeterow, Wanne, Wismar und Zittau.

**Lokalbeiträge.** Nachstehende Zahlstellen erhalten antragsgemäß die Genehmigung, folgende Lokalbeiträge zu erheben: Stendal vom 5. Februar an auf alle Beiträge von 3 M. und darüber 20 %, Rostock, Wiesbaden, Gotha, Bernigerode und Grabow vom 5. März an auf die Beiträge von 3 M. und höher 50 %.

**Neue Zahlstelle.** Auf Antrag wird die Ortsgruppe Delitzsch vom 1. April dieses Jahres an selbständige Zahlstelle.

**Ausschluß.** Auf Antrag der Berliner Zahlstelle wird das Mitglied Wilhelm Michalski (Buch-Nr. 182 668) wegen Verbandschädigung aus der Organisation ausgeschlossen. Der Verbandsvorstand.

### Quittung.

Vom 30. Januar bis 19. Februar gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:  
Für November und Dezember: Jauer 77,20 M.  
Für Januar: Nischersleben 305,20 M., Eilenburg 374, Norden 1091,50, Schwemnitz 461, Wignenhausen 412,40, Achim 266,20, Altenburg 923,70, Nischaffenburg 801,80, Nauhen 482,80, Wiberach 522,50, Cassel 10 849,10, Gobleng 770, Emden 197,50, Frankfurt a. d. O. 404,80, Glogau 253,80, Grabow i. M. 416,90, Güstrow 340,40, Halberstadt 1004, Danau 1081,10, Raitowitz 468,70, Kolberg 710,20, Münster 631,30, Nemscheid 1226,60, Rostock i. M. 2076,80, Sorau 217,80, Stendal 323,60, Straubing 552, Vegeack 632,20,

Eisenach 572,80, Heilbronn 970,10, Magdeburg 25 206,60, Zangernünde 10 364,40, Uchen 824,50, Aue 492,40, Bernburg 441,20, Coburg 116,20, Grefeld 8275,40, Elberfeld 8184,80, Guben 860,80, Ingolstadt 858,40, Pöbbeck 5278,80, Regensburg 1558,80, Riesa 1498,50, Saalfeld 4909,70, Spremberg 400, Trier 558,20, Wernigerode 8895,10, Wismar 841,40, Augsburg 8649,20, Chemnitz 8893,90, Dortmund 6813,90, Bielefeld 22 858,60, Bremen 24 758,60, Grimmitzschau 696, Dresden 117 129, Garburg 1468,40, München 80 161,50, Würzburg 8119, Nürnberg 29 431, Amberg 888,40, Apolda 867,40, Brandenburg 1277,60, Braunschweig 4321,40, Dessau 880,60, Flensburg 4504,50, Forst 806,80, Friedberg 98,60, Halle 28 772,40, Hildesheim 1408, Hocht 968,40, Homburg v. d. S. 6812,70, Jlmnau 866,10, Landsberg 1281,60, Jena 435,80, Lörrach 5058,80, Lössau 1566, Limbach 985, Lüdenscheid 243, Meissen 2182,90, Neumünster 278,80, Schmöln 252,50, Schwerin i. M. 1688,80, Straßund 812,40, Striegau 249,50, Wernigerode 432, Radeburg 487, Trautskirchen 298,40, Wierien 7780,50, Wiesbaden 6417,90, Würzen 8465,80, Zwischenahn 633,20, Bremerhaven 1851,60, Danzig 5281,70, Erfurt 4604,20, Frankfurt a. M. 24 530,20, Garmisch 428,80, Girschberg 1935,80, Landshut 10 035, Leipzig 57 619,20, Minden 408, Mühlheim 2224,90, Solingen 4423, Ueterien-Glmshorn 879,20, Jella-Mehlis 487,60, Annaberg 794,20.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: G. F. Havelberg 27 M., M. Sch. Osterholz 20, G. F. Havelberg 80, M. G. Westerland 42, G. W. Oberkirchen 56, A. L. Wittrock 108, W. P. Herzberg 25, R. R. Gaidernicht 64, G. R. Croffen 20.

Für „Technik und Wirtschaftswesen“: Finkenwalde 15 M., Lübeck 45,90, S. M. Westerland 9, F. L. Neugersdorf 7,50, Nückerstein 4,50, Lüneburg 33, A. Fl. Nordhausen 40,50, Kolberg 17,55, Frankfurt a. d. O. 8, Rattowitz 6,75, Rostock i. M. 22,95, Grabow i. M. 6,75, Gmden 10,80, Sorau 9,45, Glogau 5,40, Stendal 8,10, Bauten 12,15, Altenburg 9, Begehn 8,10, Magdeburg 47,25, Zangernünde 13,50, Uchen 101,25, Aue i. Erg. 16,20, Grefeld 93,15, Guben 74,10, Ingolstadt 10,80, Regensburg 4,50, Riesa-Gröba 10,50, Saalfeld 8,10, Spremberg 8,10, Trier 198, Wernigerode 17,55, Wiemar 4,50, Augsburg 28,50, Grimmitzschau 29,85, Dresden 425,25, Nürnberg 36,45, S. P. Spandau 52,65, Wierien 6,75, Flensburg 28,50, Friedberg 6,75, Annaberg 22,40, Rosenheim 10,80, Jlmnau 12,15, Hildesheim 8,10, Halle 180, Straßund 1,85, Meissen 64, Homburg v. d. S. 18,50, Limbach 49,50, Brandenburg 1,50, Schwerin i. M. 33,75, Würzen 18,90, Braunschweig 20,25, Neumünster 5,40, Apolda 7,50, P. R. Dresden 88,50, Bremerhaven 39,15, Landshut 10,80, Leipzig 174,15, Mühlheim a. d. R. 27, Solingen 20, Ueterien-Glmshorn 18, Jella-Mehlis 16,80.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“: Jauer 7 M., Lübeck 7, Lüneburg 8, Grabow 35, Sorau 28, Magdeburg 14, Uchen 49, Aue i. Erg. 42, Guben 42, Chemnitz 84, Dortmund 63, Grimmitzschau 7, Nürnberg 7, Rosenheim 35, Braunschweig 56, Erfurt 49, Girschberg 14.

Für Jahrbücher: Schwerin 10 M., Girschberg 5.

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Sarottiwerke gingen ein: Hamburg 10 000 M., Grabow 118, Jlmnau 213, Zwischenahn 84,50, Herford 2000, Bernburg 83, Niederländischer Bund der Bäcker, Schokoladen- und Zuckerwarenarbeiter in Amsterdam 5000, Halberstadt 210, Wignhausen 352, Nordhausen 110, Wiberach 58, Frankfurt a. d. O. 35, Wernigerode 1687, Heppenheim 516, Flensburg 1264,80, Glogau 100, Worms 195, Garburg 195, Coburg 85, Trier 205, Riesa 640, Lössau 200, Lüdenscheid 302, Straßund 60, Homburg v. d. S. 405, Schwerin 241, Würzen 490,50, Neumünster 54, Striegau 50, Erfurt 562, Mühlheim a. d. R. 180.

Der Hauptkassierer: O. Freitag.

Sterbetafel.

- Chemnitz. Kurt Porstmann, Bäcker, 82 Jahre alt, gestorben. Franz Seltmann, Bäcker, 75 Jahre alt, gestorben. Otto Reichel, Bäcker, 46 Jahre alt, gestorben. Dresden. Heinrich Mahnert, 71 Jahre alt, gestorben. Anna Bellmann, Arbeiterin, 69 Jahre alt, gestorben. Marie Lipp, Arbeiterin, 51 Jahre alt, gestorben. Endersbach. Frieda Halbisch, Arbeiterin, gestorben am 23. Januar. Frankfurt a. M. Wilhelm Scheer, Konditor, 21 Jahre alt, gestorben am 31. Januar. Heinrich Kohlenberger, Bäcker, 48 Jahre alt, gestorben am 1. Februar. Köln a. Rh. Wilhelm Hachenberg, 44 Jahre alt, gestorben am 9. Januar. Heinrich Kleine-Weischer, Schokoladenarbeiter, 63 Jahre alt, gestorben am 13. Februar. Mainz. Ludwig Beck, Bäcker, gestorben am 3. Februar. München. Karl Schläger, Konditor, gestorben am 11. Februar. Franz Willeitner, Bäcker, gestorben am 11. Februar. Stuttgart. Hans Pfau, Bäcker, 21 Jahre alt, gestorben am 9. Januar. Karl Krauß, Bäcker, 18 Jahre alt, gestorben am 13. Dezember 1921. Worms. Karl Würts, Bäcker, 51 Jahre alt, gestorben. Ehre ihrem Andenken!

Kohlbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Die neuen Löhne in Celle betragen auf Grund der Verhandlungen mit der Bäckerei und dem Gewerkschaftsausschuss des Verbandsverbandes Celle vom 12. Februar an für Gehilfen bis zu 20 Jahren 330 M., über 20 Jahre 350 M. und für selbständig arbeitende Gehilfen 400 M. Kost und Wohnung wird mit 120 M. bewertet. Den Lehrlingen

wird neben freier Kost und Wohnung pro Woche ein Taschengeld von 8 M. im ersten, 4 M. im zweiten und 6 M. im dritten Lehrjahre gewährt.

Frankfurt a. M. Laut bindendem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses gelten vom 18. Februar 1922 an folgende Mindestwöchenslöhne:

Table with 2 columns: Job title and wage. Includes: Für Schichtführer und Schieber 690 M., Zeigmacher, Heizer und Ofenarbeiter 675 M., Bäcker über 19 Jahre 660 M., Bäcker bis zu 19 Jahren 550 M., Konditorgehilfen über 25 Jahre 690 M., Konditorgehilfen von 20 bis zu 25 Jahren 680 M., Konditorgehilfen bis zu 20 Jahren 550 M., Gebäckfahrer ohne Gelpanne bis zu 20 Jahren 550 M., Gebäckfahrer ohne Gelpanne über 20 Jahre 620 M., Gebäckfahrer mit Gelpannen bis zu 20 Jahren 570 M., Gebäckfahrer mit Gelpannen über 20 Jahre 640 M., Hilfsarbeiter je 5 M. weniger als für Bäcker. Verantwortliche Expedienten erhalten den Schieberlohn. Borarbeit an Sonntagen in Großbetrieben 40 M., Borarbeit an Sonntagen in Kleinbetrieben 20 M., Sonntagsdienst der Brotfahrer (Füttern) bis zu 4 Pferden 25 M., Sonntagsdienst der Brotfahrer (Füttern) über 4 bis zu 10 Pferden 30 M.

Der Lohn in den Großbetrieben von Halle beträgt vom 18. Januar an für die Gehilfen 580 M. Die Bäckereinnung in Halle glaubt noch immer, um die Zahlung zeitgemäßer Löhne herumkommen zu können. Unsere Organisation wird es jedoch nicht daran fehlen lassen, um auch den in den Innungsbetrieben beschäftigten Gehilfen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Deshalb sollten endlich auch diese Gehilfen sich reiflos der Organisation anschließen. Die Lohnverhandlungen gegen die Innung werden vor dem Schlichtungsausschuss geführt.

Der Lohn in Pansburg beträgt vom 18. Februar an, dem Tage der Brotpreiserhöhung, für Gehilfen über 20 Jahre 690 M., unter 20 Jahren 615 M. und für Frauen 370 M.

Die Löhne in Hildesheim wurden durch Vereinbarung mit der Bäckereinnung vom 28. Januar an auf 430 M., 445 und 460 M. erhöht. Für Kost und Wohnung können 160 M. in Anrechnung gebracht werden.

Die Tariflöhne in Jüterbog betragen vom 31. Januar an für Gehilfen bis zum 21. Lebensjahr 300 M., über 21 Jahre 330 M. und für verheiratete Gehilfen 380 M.

Die Löhne in Rölln wurden durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses mit Wirkung vom 8. Februar an wie folgt festgesetzt: In Kleinbetrieben für Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehre 590 M., Gehilfen bis zu 20 Jahren 640 M., über 20 Jahre 720 M. und in leitender Stellung 760 M. In Brotfabriken für Gehilfen im allgemeinen 750 M., für Ofenarbeiter und Zeigmacher 770 M. Arbeiterinnen erhalten 265, 300, 345 und 400 M.

Bezirk Wiesbaden. Auf die an die Innungen eingereichten Forderungen kam in den Unterhandlungen nur in W o r m s eine neue Lohnvereinbarung zustande, nach der die bestehenden Wochenslöhne um 150 M. auf 510, 550, 580 und 600 M. erhöht wurden. Die Innungen in Wiesbaden, Rheingau, Wiesbaden-Land, Mainz, Bingen, Mainz-Land und Darmstadt einigten sich von vornherein mit den Nachbarinnungen im Bezirk Frankfurt a. M., die Angelegenheit an die Schlichtungsausschüsse zu verweisen. Hier wurde für Wiesbaden und die Innungen Rheingau und Wiesbaden-Land entschieden, daß mit der Inkraftsetzung der Brotpreiserhöhung folgende Wochenslöhne Geltung haben: 460, 580, 635 und 670 M. Für Mainz, Bingen und Mainz-Land gelten mit Wirkung vom 16. Februar folgende Wochenslöhne: 450, 550, 600 und 635 M. In Darmstadt wurde entschieden: 330, 460, 540 und 580 M.

Leib- und Teigwarenindustrie.

Die neuen Lohnvereinbarungen wurden vom Zentralausschuss für die Zeit vom 16. Februar an bis 15. März wie folgt festgesetzt:

Facharbeiter über 23 Jahre 1,25 M., über 20 Jahre 95 M., unter 20 Jahren 75 M., Hilfsarbeiter über 23 Jahre 1,15 M., über 20 Jahre 90 M., über 18 Jahre 65 M., über 16 Jahre 50 M., unter 16 Jahren 40 M., Arbeiterinnen über 20 Jahre 55 M., über 18 Jahre 45 M., über 16 Jahre 40 M., unter 16 Jahren 35 M.

Zu diesen Zuschlägen auf die bestehenden Löhne kommen noch die jeweils geltenden Ortszuschläge. Desgleichen wurde für Nacharbeit bei Schichtwechsel ein Zuschlag von 10% auf die nunmehr sich ergebenden neuen Stundenlöhne vereinbart. Die in Accord Beschäftigten erhalten diese Teuerungszulage ebenfalls.

Korrespondenzen.

Bezirk Bielefeld. Die Generalversammlungen des Bezirks waren durchweg gut besucht und von einem gesunden Geist getragen. Bekundeten die Mitglieder doch überall, daß sie ein reges Interesse an diesen Versammlungen hatten. Der Mitgliederstand hat sich fortentwickelt, besonders in den Orten, wo die Fabrikbranche ihren Sitz hat. Die Funktionäre der Organisation hatten überall Gewicht darauf gelegt, daß in ihre Arbeitsstellen sich keine Unorganisierten einschleichen. Daß hierbei auch ein Kampf mit gegnerischen Organisationen geführt werden mußte, ist nur allzu verständlich; zumal diese versuchten, durch recht eigentümliche Weise sich Einfluß zu verschaffen. Ueberall kam aber auch zum Ausdruck, daß wohl selten mit solchem Hochmut innerhalb der Süßwaren- und sonstiger Industrie gearbeitet wurde, wie im verflorenen Jahr. Trotzdem neue Betriebe wie Pilze aus der Erde schossen und Neueinstellungen in großer Zahl erfolgten, mußte last unermesslich noch mit Ueberstunden gearbeitet werden. Bei erfreulicherweise Beschäftigung gegeben, so wurde über die Entlohnung geklagt;

vornehmlich in der Süßwarenindustrie und besonders über die zu niederen Ortszuschläge, bei deren Festsetzung die wirtschaftliche Seite nicht genügend berücksichtigt worden sei. Die Hoffnung wurde ausgesprochen, daß in diesem Jahr eine Veränderung eintreten und die wirtschaftliche Seite durch die Arbeitgeber mehr als bisher Beachtung finden müsse.

Stellen die Lohnverhältnisse innerhalb der Fabrikbranche manches zu wünschen übrig, so konnte festgestellt werden, daß dort, wo die Kollegen des Bäckerberufes gut organisiert sind, in der Lohnfrage bessere Erfolge zu verzeichnen waren. Mit Ausnahme eines Falles wurde die große Anzahl der Lohnbewegungen in allen Orten ohne Streik durchgeführt. In vielen Fällen mußte der amtliche Schlichtungsausschuss eingreifen, wobei die Auffassungen dieser Instanzen über unsere Forderungen weit auseinander gingen. Mit Recht wurde ausgesprochen, daß das erreichte — in den meisten Fällen 100% Lohnerrhöhung — gegenüber dem Anfang des Jahres nicht ausreichend sei und weiteres unbedingt geschaffen werden müsse. Klagen wurden überall über das Verhalten der Behörden bei der Durchführung des Nachbatterbotes geführt. Dort, wo Gesehensmacher zur Anzeige gebracht wurden, erfolgte in den meisten Fällen Freisprechung. Die Kollegenchaft war aber nirgends Willens, sich durch derartige Elemente die Tagesarbeit nehmen zu lassen und gelobte, noch mehr denn je die Kontrolltätigkeit auszuüben.

Neulich auch in der Lehrjahrsfrage. Zur Einstellung von weiteren Lehrlingen wurden Gründe angeführt, die nur allzu durchsichtig sind. Die Arbeitnehmermitglieder in diesen Ausschüssen können trotz guten Willens nicht viel erreichen, weil in den meisten Fällen der Vorstehende seine Stimme den Arbeitgebern gibt und dadurch dem einzelnen Meister die Erlaubnis zur Einstellung eines weiteren Lehrlings erteilt wird. Beschwerden laufen monatelang ohne Friedigung zu finden. Wird wirklich eine erledigt, dann in den meisten Fällen zugunsten der Arbeitgeber.

Zu den Neuwahlen hatte man innerhalb der Zahlstellen im Vertrauenskörper vorher Stellung genommen; in den Generalversammlungen wurden die Vorschläge gut geheißen. Einmütigkeit herrschte darüber, daß nur die tüchtigsten und beständigsten unserer Mitglieder derartige Posten bekleiden sollten. Ein Jahr tüchtiger Organisations- und Agitationsarbeit in den Zahlstellen liegt hinter uns. Zu den wichtigsten, allgemeinen Tagesfragen wurde Stellung genommen in vielen Versammlungen und Besprechungen, die innerhalb des letzten Jahres abgehalten wurden.

Die Mitglieder waren sich aber auch darüber klar, daß wir vor großen und ernsten Aufgaben stehen. Ueberall schaut man mit banger Sorge auf die kommende erneute Teuerung, auf die Verwässerung des Lichtfundamentes, die Einführung eines Arbeitszeitgesetzes und die Einführung einer Schlichtungsordnung usw. Klarheit herrschte darüber, daß nur eine geschlossene Front aller unserer Berufsangehörigen in Verbindung mit der übrigen organisierten Arbeiterchaft Breche schlagen kann. Es wurde ausgesprochen, daß auch im neuen Jahr alle Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen sind, um den letzten noch Unorganisierten um unser Banner zu scharen. Dann mögen die Anführer kommen, und sie werden an der geschlossenen Front der Arbeiterchaft zerbrechen müssen!

Ans Unternehmernkreisen.

Süßwarenindustrie.

Krise bei der Sarotti-Gesellschaft. Die Tagespresse berichtet über den Austritt des Generaldirektors Max Hoffmann aus dem Vorstand. Herr Hoffmann wurde zu seinem Entschluß insbesondere dadurch bestimmt, daß er durch die Berufung eines Vertreters der schwedischen Gruppe in den Vorstand, die bisher nur im Aufsichtsrat vertreten war, nicht mehr die Gewähr habe, die Interessen der deutschen Aktionäre in genügender Weise gewahrt zu wissen. Befürchtet wurden diese Bedenken durch die Art und Weise der Uebernahme der Schokoladenfabrik J. D. Groß. Herr Hoffmann soll sich mit dem Gedanken tragen, ein eigenes Unternehmen zu gründen.

Die nunmehr akut gewordene Krise ist nicht etwa durch die Brandkatastrophe zum Ausbruch gekommen. Die Unstimmigkeiten liegen weiter zurück und finden ihren Grund in der Auffassung der Aktien durch die schwedische Gruppe unter Führung des Herrn Kanold. Schon damals trug sich Herr Hoffmann mit Rücktrittsgedanken. Ohne Zweifel hat sich Herr Hoffmann große Verdienste um das Sarottunternehmen erworben. Bei seinen weitverzweigten Verbindungen mit der Finanzwelt wird es ihm nicht schwer fallen, ein neues Unternehmen zu gründen.

Gebr. Hörmann N.-G., Dresden. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der demnächst stattfindenden Generalversammlung die Verteilung von 16% Dividende vorzuschlagen. Desgleichen wird ein Antrag eingebracht auf Erhöhung des Grundkapitals von 6 Millionen Stammaktien und 1 Million Vorzugsaktien.

Verbilligung von Schweizer Schokolade. Durch Beschluß der Schweizer Schokoladenfabrikanten soll sofort ein Preisabschlag in Kraft treten. Man erhofft dadurch eine Belebung des Absatzes. Der Preisabschlag beträgt für Milchschokolade 80 Cts. pro Kilo, für Schokolade geringerer Qualität 40 Cts. Bei Kakao und Schokoladepulver tritt ebenfalls ein Preisabschlag ein. Die Preise für die Schweizer Fabrikate stehen immerhin noch auf einer solchen Höhe, daß nennenswerte Einfuhren nach valutaschwachen Ländern nicht in Frage kommen können.

Aktienkurs bei Nestlé. Anfang Januar fielen die Nestlé Aktien auf 165. Von den 400 000 Aktien, die sich durchweg im Besitze des schweizerischen Publikums befinden, mit einem Wert von 300 Millionen Fr. bei Jahresfrist, wurden durch den Sturz etwa 230 Millionen Fr. verloren. Ungeheure Summen wurden von den Leidtragenden in den Kantonen Zug und Luzern eingebüßt.

Erhöhung der Verdienstspanne. Bei den Detailhändlern macht sich eine Bewegung bemerkbar, die auf eine Erhöhung der Verdienstspanne von 20 auf 28 1/2% abzielt. In der Begründung wird angeführt, daß die Schweizer Schokoladenfabrikanten freiwillig die Verdienstspanne erhöhte und was dort recht ist, muß in Anbetracht der enormen Aufwandssteigerung

